

für Integration ist auf die Integration dieser Frauen ein gesondertes Augenmerk zu legen: durch Hilfen, die auch ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtern, was freilich nur möglich sein dürfte, wenn die Ehemänner schon recht weit in die deutsche Gesellschaft integriert sind und akzeptieren, dass ihre Frauen arbeiten gehen. Das sollte ein Ziel der Integration sein, ist aber kurzfristig nicht erreichbar. Gerade hier dürften sich Mentalitäten als die »Gefängnisse der langen Dauer« erweisen. Deshalb ist komplementär zum Arbeitsprozess auf die Integration in die Zivilgesellschaft zu achten, und hier ist eine Reihe unterstützender Maßnahmen denkbar, die vom Sport (bei den Kindern) bis zu Nachbarschaftsinitiativen im Wohnumfeld reichen.

Eine Gesellschaft, die solche Integrationsbemühungen unternimmt, kann auf Seiten der Migrant/innen auch eine entsprechende Integrationsbereitschaft erwarten: was die Religion als Privatangelegenheit anbetrifft, aber ebenso auch im Hinblick auf die politischen und gesellschaftlichen Werte unserer Gesellschaft. Je selbstbewusster eine Gesellschaft diese Werte vertritt, desto eher kann sie erwarten, dass die Neuankömmlinge sich auf sie einstellen und schließlich selber darauf einlassen. Wobei zum Selbstbewusstsein gehört, dass man die Respektierung von Werten und Normen nicht nur von anderen einfordert, sondern sich selbst daran hält. Auch das gehört zu einem Masterplan für Integration.



**Herfried Münkler**

ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Humboldt-Universität in Berlin. Ende 2015 erschien bei Rowohlt Berlin: *Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 21. Jahrhundert.*

*herfried.muenkler@rz.hu-berlin.de*

*Jürgen Kocka*

## Ein neuer deutscher Sonderweg

Rechnet man die zwei Millionen Flüchtlinge, die 2014 und 2015 ihren Weg in die EU fanden, auf die Bevölkerungszahl um, kommt ein Flüchtling auf etwa 540 Einwohner. Der britische Guardian errechnete kürzlich, dass Deutschland etwa 200 % der nach dieser Formel auf das Land entfallenden Ankömmlinge aufnahm, nur Ungarn, Schweden und Österreich waren in Relation zu ihrer Bevölkerung über den Gesamtzeitraum großzügiger. Die entsprechenden Zahlen für Frankreich und England lagen dagegen bei nur etwa 50 % und 33 %, in den osteuropäischen Ländern unter 10 %. Zwischen Anfang 2015 und September/Oktober 2015 wurden in Deutschland 690.000 Menschen erfasst, die Asyl beantragten oder auf ein Asylverfahren warteten, in Frankreich dagegen nur 85.000 und in Großbritannien 47.000. Das entspricht einem Zahlenverhältnis von 100:13:7. Während 2015 über eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kamen, betrug die Zahl für Großbritannien etwa 35.000. Mittlerweile hat sich dieses Missverhältnis noch weiter vergrößert. Nach Ungarn haben auch die skandinavischen Länder ihre Grenzen geschlossen, Österreich bremst, und die anderen verhalten sich eher noch defensiver als früher. Umso größere Anteile entfallen auf Deutschland. Mit mehr als 50.000 Neuankömmlingen im Januar 2016 ist es sehr wahrscheinlich, dass auch in diesem Jahr die Zahl wieder über eine Million steigt, wenn nicht mit neuen Methoden gegengesteuert wird.

Deutschland ist einsamer Spitzenreiter in Europa, was die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen angeht. Kein anderes europäisches Land verhält sich ähnlich, auch nicht die USA. Offensichtlich gibt es einen neuen deutschen Sonderweg. Wie ist er zu erklären?

Zum einen, Deutschland ist wohlhabend, es geht uns derzeit gut. Hätten wir süd-europäische Arbeitslosenzahlen oder die Knappheit der osteuropäischen Länder, wären wir weniger gastlich. Überdies haben einflussreiche Wirtschaftsverbände früh für die großzügige Aufnahme von Flüchtlingen plädiert und setzen sich auch jetzt gegen die Wiedererrichtung nationaler Grenzkontrollen ein, aus ökonomischen Interessen. Menschenrechtler und Kapitalisten ziehen am selben Strang, nicht zum ersten Mal. Die linke Kapitalismuskritik hat diese Affinität meist übersehen, die rechten Kapitalismuskritiker kennen sie dagegen gut, ihnen ist der Kapitalismus nicht national genug, zu universalistisch.

Zum anderen: das Parteiensystem. Die sehr große Koalition, die einschließlich der GRÜNEN in der Länderkammer das Land regiert, macht eine rasche Anpassung an neu anstürmende Herausforderungen schwer. Am ehesten einigt sie sich auf den Status quo, in dem das Asylrecht, ausgiebige Sozialleistungen und die Betonung der Menschenrechte fest verankert sind. Veränderungen geschehen nur in Trippelschritten. Diese sehr große Koalition hat verhindert, dass der rasch zunehmende gesellschaftliche Konflikt in der Flüchtlingsfrage einen angemessenen parlamentarischen Ausdruck fand: ein irritierendes Demokratiedefizit. Der Aufstieg einer APO, diesmal weit rechts, war die Folge. Aber es gibt noch keine starke Rechtspartei im Parlament, die wie der Front National in Frankreich, die Schwedendemokraten oder die österreichische FPÖ, entsprechende Besorgnisse und Stimmungen in der Bevölkerung aufnehmend, die Regierenden vor sich her treibt, weiter nach rechts. Das wird sich bald ändern.

Aber am wichtigsten ist die Geschichte, die in Deutschland anders verlief, vor allem aber anders aufgearbeitet worden ist als in den anderen Ländern. Die immer entschiedene Absetzung von der Nazi-Diktatur ist glücklicherweise zu einem zentralen Moment der Identität der Bundesrepublik Deutschland geworden. Die böse Erbschaft selbstkritisch zu durchleuchten, aus dieser Geschichte zu lernen, dadurch ein anderes und besseres Deutschland zu bauen – das ist immer eindeutiger zu einem Konsens über Parteigrenzen hinweg geworden, von dem die Bundesrepublik mit ihren Institutionen, Debatten und Stimmungen lebt. Der Konsens ist durch die kritische Auseinandersetzung mit der »zweiten deutschen Diktatur« nach dem Ende der DDR weiter verstärkt worden. Dass dies nicht auf Sonntagsreden, symbolische Politik und intellektuelle Minderheiten begrenzt geblieben ist, zeigt sich jetzt: in der Betonung humanitärer Imperative, menschenrechtlicher Prinzipien und »europäischer Werte« in der praktischen Politik, dem alles durchdringenden Moralismus unserer veröffentlichten Meinungen, aber eben auch in der zivilgesellschaftlich getragenen »Willkommenskultur« und in der breiten Unterstützung, die Merkels radikale Pro-Flüchtlingspolitik bei den Deutschen über die Monate gefunden hat und zum Teil noch findet. Asylrecht und Flüchtlingsschutz sind zu symbolischen Kristallisationskernen der Neubestimmung deutscher Identität nach dem Nationalsozialismus geworden. Hier etwas grundsätzlich zu ändern, ginge schnell an die Substanz.

Es gibt gute Gründe, über diese Entwicklung Genugtuung und Stolz zu empfinden. Aber der Preis ist hoch und wird immer höher.

Zum einen steht die europäische Integrationspolitik auf der Kippe und damit ein großes historisches Projekt, dem auch die Bundesrepublik Entscheidendes verdankt.

Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung trägt zur Desintegration der EU kräftig bei. Sie fußt auf einsamen deutschen Entscheidungen, deren Folgen durch Quotenverteilung europäisiert werden sollen. Dies ist eine Chimäre. Selbst wenn die europäischen Staaten dafür gewonnen werden könnten, was unwahrscheinlich ist, die Flüchtlinge wollen es nicht. Wie soll man sie aber außer mit polizeistaatlichen Mitteln und ständigen Grenzkontrollen in Polen und Tschechien, Portugal und Frankreich halten? Sie gehen dorthin, wo ihre Verwandten und Freunde leben, wo sie am besten behandelt werden, die großzügigsten sozialstaatlichen Leistungen bekommen und Chancen auf dem Arbeitsmarkt sehen. Sie drängen in Länder wie Deutschland, Österreich, Schweden. Eine wirklich europäische Lösung würde bedeuten: Angleichung der praktischen Flüchtlingspolitik und der den Ankömmlingen gewährten Leistungen hin zu einem europäischen Mittelwert. Hat man diese Herkulesaufgabe in der EU im Blick? Ist Deutschland dazu bereit? Man liest davon wenig. Laut aber bisher vergeblich wird dagegen die Stärkung der EU-Außengrenzen gefordert. Wer die EU als Rechtsordnung wiederherstellen und stärken will, kann in der Tat auf die effektive Begrenzung des Geltungsbereichs dieser Rechtsordnung, also auf wirksame Außengrenzen, nicht verzichten. Wenn die europäischen Staaten dieses Ziel – als Bedingung der Fortexistenz der Schengen-Zone und der EU – mit Priorität verfolgten, könnte die gegenwärtige Flüchtlingskrise sogar zu einem Schritt auf dem Weg der weiteren Integration Europas werden. Aber nur dann.

Zum anderen wachsen uns Ausmaß und Geschwindigkeit der Zuwanderung über den Kopf. Wenn die Kosten der unbegrenzten Flüchtlingsaufnahme – notwendigerweise auf Kosten von anderem und anderen – erst einmal bewusst und die gesellschaftlichen Folgen fühlbarer werden als bisher, werden Unzufriedenheit, Spannungen und offene Konflikte erheblich zunehmen. Viele Zuwanderer zeigen sich in ihren hohen Erwartungen jetzt schon enttäuscht, erst recht in der Zukunft. Die extreme Rechte legt bereits deutlich zu, sie kann mit weiterem Zuwachs rechnen. Die Debatte wird schriller, Gewalt häufiger. In Reaktion auf all das wird sich staatliche Politik verändern: in Richtung von mehr Überwachung, Polizei und Härte. Deutschland ändert sich, aber nicht zum Besseren. Der historische Vergleich zeigt, dass erfolgreiche Integration nicht Jahre, sondern Jahrzehnte, ja Generationen dauert und oft nicht gelingt. Auf diesem Gebiet stößt die wohlmeinendste Politik rasch an Grenzen, besonders in einem Land, dessen durchorganisierter Arbeitsmarkt – anders als sein Territorium – von hohen Zugangsbarrieren geschützt ist. Vor allem: Die Chancen der Integration sinken mit der Zahl der zu Integrierenden und ihrem gebündelt-massiven Auftreten. Die Zuwanderung muss rasch und erheblich begrenzt werden.

Zwar ist ein radikales Umsteuern unmöglich und auch nicht erwünscht. Denn die Ursachen der massenhaften Zuwanderung sind Bürger- und Religionskriege, Repression und harte Verfolgung, verbreitete Armut und Elend, zunehmend auch Folgen des Klimawandels und die eklatante Ungleichverteilung von Lebenschancen zwischen den verschiedenen Regionen der Welt, jetzt sehr sichtbar im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung. Manches davon ist Folge westlicher Politik und Eigensüchtigkeit, vieles auch nicht. Man wird das nur sehr langsam verändern können, so notwendig es auch ist, daran mit Kraft, Geduld und erheblichem Mitteleinsatz zu arbeiten – wie es die deutsche Politik tut. Unser Asylrecht und die geltenden Konventionen zum Schutz von Flüchtlingen binden uns. Es besteht eine moralische Pflicht zur Hilfe für Opfer. Schließung der Grenzen, Abschottung, eine »Festung Europa« – dies können unsere Ziele nicht sein, sie würden gegen unsere Werte, aber auch gegen unsere Interessen verstoßen, denn wir brauchen Zuwanderung, Impulse von außen und Offenheit.

Aber zwischen nicht gewollter Abschottung einerseits und unbegrenzter Offenheit andererseits liegt ein großes mittleres Feld, das, wie beispielsweise der Blick in die Schweiz genau zeigt, durch realistische Politik gestaltet werden kann. Zu dieser gehört nüchterne Information über die realen Chancen und Schwierigkeiten der Zuwanderer in Deutschland, deutliche Zeichen mit der Signalkraft der Merkel-Selfies, aber mit umgekehrter Stoßrichtung und der Abbau falscher Anreize zum Kommen. Die zeitliche Begrenzung der Asylgewährung kann Teil der Lösung sein. »Asyl« und »Flüchtling« sind enger zu definieren. Man muss unterscheiden: zwischen den Opfern von Verfolgungen und Kriegshandlungen, die auch zukünftig unbedingt Schutz erhalten müssen; und der großen Zahl der Armuts- und Chancenwanderer, die auf der Suche nach einem besseren Leben, oft aufgrund strategischer Entscheidungen ihrer sehr risikobereiten Familien und meist mithilfe einer ausgebauten Schlepperindustrie, zu uns kommen. Für sie brauchen wir ein faires Einwanderungsgesetz, das ihnen Chancen bietet und uns die Auswahl unter Berücksichtigung hiesiger Interessen erlaubt. Für sie ist das Asyl- und das Flüchtlingschutzrecht nicht gedacht. Sowohl die Politik als auch die Medien und die »Willkommenskultur« behandeln aber alle Ankommenden als Opfer, Flüchtlinge, Schutzbedürftige gleich, sprachlich wie praktisch. Das ist eine Art Lebenslüge unserer gegenwärtigen »Flüchtlingspolitik«, die mit der Generalisierung des medienwirksamen Opfernarrativs Zuwanderer aller Art zu verzweifelt fliehenden »Flüchtlingen« erklärt, deren freundliche Aufnahme damit aus moralischen Gründen zwingend erscheint. Um diesen Selbsttäuschungsmechanismus zu durchbrechen, braucht es Kontrollen, wenn nicht an der EU-Außengrenze oder irgendwo sonst, dann an den nationalen Grenzen, auch wenn dies mit anderen Nachteilen verbunden ist.

Der deutsche Sonderweg des 20. Jahrhunderts hat sich als verderblich erwiesen. Wir sollten auch den neuen deutschen Sonderweg möglichst rasch beenden.



#### Jürgen Kocka

Professor (em.) für Geschichte an der FU Berlin und Herausgeber der NG/FH, war Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Zuletzt erschien bei J.H.W. Dietz Nachf.: *Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse* (2015).

kocka@wzb.eu

Cornelia Schu

## Integration muss als Teilhabe verstanden werden

**Vor allem die Bereiche Bildung und Arbeitsmarkt sind entscheidend**

Über eine Million Menschen sind 2015 als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Über den erheblichen Anstieg der Asylanträge wurde im letzten Jahr viel debattiert, über die Kommunen, die erheblich unter Druck sind, um die Flüchtlinge angemessen aufzunehmen, über die vielen Ehrenamtlichen, ohne die es mancherorts nicht gegangen wäre, über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das einen massiven Rückstau von Anträgen zu bewältigen hat und schließlich über die Mitgliedstaaten der EU, die bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht bereit sind, einen nennenswerten Beitrag zu einer fairen Verantwortungsteilung bei der Schutzgewährung zu leisten. Die Auf-